

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
 Legen und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:  
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,  
in Deutschland vierteljährlich 1 Mt. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mt.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

## Die Vorgänge in Frankreich.

Ueber die gestrige Sitzung der französischen  
Deputirtenkammer wird noch gemeldet:

Der Entschluß ist nicht gefüllt. Deschanel hält seine Antrittsrede als neugewählter Präsident. Er rüht darin aus, daß es die Pflicht des Präsidenten sei, sich der Unparteilichkeit zu beackebestrebt sein, die Mitglieder der verschiedenen Parteien einander näher zu bringen, da diese sich oft nur bekämpfen, weil sie sich nicht kennen. Am Schlusse seiner Rede sagt der Präsident, daß Frankreich das Meer, aber auch die Gerechtigkeit liebt, weist auf die Gefahren der inneren Zwistigkeiten hin und fordert die Abgeordneten auf, ihre Ruhe und Kaltblütigkeit zu bewahren. (Beifall.) Auf das Verlangen des Ministerpräsidenten Dupuy bezieht dann die Kammer, sofort in die Debatte über die Interpellation bezüglich der Angelegenheit Beaupaire einzutreten. Willeboise weist auf die Erregung hin, die durch die von Beaupaire gegen gewisse Richter vorgebrachte Anschuldigung verursacht sei. (Lebhafte Zwischenrufe.) Er verlange eine Untersuchung. (Zunimmt.) Zwischen verschiedenen Deputirten kommt es zu einem Wortwechsel.) Willeboise hält es für unmöglich, die Revision unter den gegenwärtigen Verhältnissen fortzusetzen, verliert unter fortwährendem Lärm der Deputirten die Erklärungen Beaupaires in dem „Echo de Paris“ und verlangt schließlich Disziplinarrregeln gegen die schuldigen Richter. Der Kammer und der Regierung liege es ob, die Gemüther wieder zu beruhigen. Lafies (Antisemit) meint, das Land habe genug von der Dreyfus-Angelegenheit (Beifall), man müsse eine ernste Untersuchung anstellen; der Redner greift sodann Loew, Bard und Maneau an. Es erhebt sich lebhafter Protest. Dupuy protestirt gegen die Worte Lafies; der Präsident ruft Lafies zur Ordnung. Lafies wirft schließlich unter großem Lärm der Kammer der kriminalankammer Parteilichkeit vor; die Dreyfus-Kampagne werde mit fremdem Gelde unterhalten. (Lärm.) Der Justizminister Lebret besteigt die Tribüne und erklärt, es sei seine erste Pflicht, den regelrechten Gang der Justiz zu sichern. Da gegen gewisse Richter Vorwürfe erhoben worden seien, habe er, der Minister, im Interesse des Richterstandes Erhebungen über diese Vorwürfe anstellen lassen; diese Erhebungen seien umfassende und loyale gewesen. Die Kammer werde kenntniß davon erhalten. Schließlich nahm die Kammer mit 423 gegen 125 Stimmen die von der Regierung gebilligte einfache Tagesordnung an.

Obgleich gestern Morgen kein Ministerrat stattfand, begaben sich der Kriegsminister Freycinet und der Justizminister Cabret zu einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Dupuy nach dem Ministerium des Innern.

Es wird gemeldet, daß der erste Präsident des Kassationshofes, Mazeau, zwei Plätze des höchsten Gerichtshofes ansernehmen wird, die ihn bei der vorgefinten beifälligen Unterredung über die neuen von Beaupaire vorgebrachten Thatsachen unterstützen sollen.

Das Gericht bezüglich der Demission der Senatspräsidenten des Kassationshofes, Loew und Tannon, wird von der „Agence Havas“ als unbegründet bezeichnet.

Die Kriminalkammer des Kassationshofes vernahm gestern Dupaty; Loew führte den Vorsitz.

Aus dem Reiche.

Wegen des stürmischen Wetters hat die **Kaiserin Friedrich** ihre Abreise von London aufgeschoben. — Der Regent von Braunschweig, **Prinz Albrecht**, wird am Sonntag, 15. d. M., mit seinem jüngsten Sohn, dem Prinzen Friedrich Wilhelm, aus Braunschweig in Berlin eintreffen. Am 17. d. M. findet die Ansetzung des Prinzen Friedrich Wilhelm als Ritter des Schwarzen Adlerordens statt. Prinz Albrecht reist am 18. Januar nach Braunschweig zurück, trifft aber bereits am 23. Januar wieder in Berlin ein, um am 24. ein Kapitel des Johanniterordens abzuhalten und am 27. der Feier von Kaisers Geburtstag beizuwohnen. Am 28. oder 29. reist der Prinz nach Braunschweig zurück. — Dem Grafen **Guido Bentke von Donnermark** auf Meudot soll, wie mehrfach gemeldet wird, von dem Kaiser der Fürstentitel verliehen worden sein. Graf Guido ist bekanntlich einer der größten Industriellen Sachsens, er ist Mitglied des Staatsrats und des preussischen Herrenhauses und gehört zu den Intimen des Bismarckschen Hauses. Graf Guido ist am 10. August 1830 in Breslau geboren, als einziger Sohn des im Jahre 1866 verstorbenen Grafen Karl. Graf Guido war in erster Ehe mit der verwitweten Wanda de Balua aus Moskau vermählt. Diese starb im Jahre 1884, und Graf Guido ging 1887 eine zweite Ehe ein mit der verwitweten Gräfin Katharina Murawiew. Dieser Ehe sind mehrere Söhne entsprossen. Der älteste, Guido Otto, dessen Name

ten, dessen Rathse Friedrich Wisnart war, ist zehn Jahre alt. — In Bierreden hat sich eine Komitée gebildet zur Errichtung eines **Denkmals** für den am 7. November 1763 zu Bierreden geborenen, späteren Geheimen Staatsrath Christian Friedrich August v. Staegemann. — Dem langjährige Stabschobof, **Mußdirektor Goldschmidt** vom Grenadier-Regiment König Wilhelm I. in Viegnik ist bei seinem Auscheiden aus dem aktiven Dienst, in dem er mehr als 50 Jahre gestanden hat, der Charakter als Leutnant verliehen worden. — Die **deutsche Kolonialgesellschaft** zählte am 3. Januar 27 819 Mitglieder gegen 21 861 am 1. Januar v. J., ist also um fast 6000 Mitglieder gewachsen. — Die **österreichischen Offiziere**, die gelegentlich der Jubiläumssfeier in Berlin anwesend sind, besuchten gestern in Begleitung einiger preußischer Kameraden unter der Führung Oberst Schwarzkoppens den Wintergarten, wo sie einen großen Tisch auf der Terrasse einnahmen. Die Tafel, an deren Mitte der Feldmarschall-Leutnant von Steininger Platz genommen hatte, erregte das Interesse des gesamten Publikums, als plötzlich die Kapelle des Wintergartens unter der Leitung des Kapellmeisters Wanda die österreichische Nationalhymne anstimmte. Kaum erklangen die ersten Töne des Liedes, da erhoben sich sämtliche Anwesende zu einer Ovation, wie sie die Räume des Wintergartens noch nie erlebt haben. Noch Oester-

reich", „Hoch Kaiser Franz Josef“, „Elien Perenz Josef“, diese Ausrufe ertönten unzählige Male und sichtlich gerührt von diesem spontanen Beweise anhänglicher Liebe zu dem Freunde unseres Kaisers, verneigte sich Feldmarschall-Leutnant v. Steininger wiederholt.

Deutschland.

**Berlin**, 13. Januar. Das Thema „Republik und Monarchie“ behandelt der bekannte Philosoph von Hartmann in einem Artikel der „Gegenwart“ „An des Jahrhunderts Wende“. Der Ort des Friedens lud gegenwärtig diejenigen Monarchen, in welchen die Macht der Krone stark und gesichert genug ist, um sich von den Massenströmungen im Volke unabhängig zu behaupten; das sind aber diejenigen Mächte, in welchen die Krone sich auf ein starkes und tüchtiges Heer stützt. So sind die stehenden Kriegsheere zur Bürgschaft des Friedens geworden, indem sie den friedliebenden Regierungen ermöglichen, die unvernünftigen Kriegsgelüste ihrer Völker unbeachtet zu lassen oder im Zaume zu halten. Die Fürsten und ihre Räte haben eben naturgemäß ein härteres Verantwortungsgefühl für ihre Entscheidungen als die Masse, bei der sich die Verantwortlichkeit auf Millionen vertheilt und auf jeden Einzelnen nur ein verschwindendes Theilchen kommt. Die ungeübte Masse übersteht nicht die Schwere der Folgen und läßt sich nicht sowohl von der Vermuthung an von leidenschaftlichen Anpöulern leiten. Sie ist für gewöhnlich friedliebend; wenn aber eine Anzahl Demagogen es verheßen, ihre Leidenschaft zu erregen, so setzt sie jede vernünftige Erwägung bei Seite und wird kriegswüthig. Gelänge es, überall demokratische Republiken ohne stehende Heere oder doch nur mit kleinen Armeen einzuführen, so würde der Krieg mit kleinen Schaaern auf Erden wieder genau so der normale Zustand werden, wie er es im Mittelalter in Europa war. Diese Erkenntnisse haben namentlich in den letzten Jahren sehr an Verbreitung in den gebildeten Schichten gewonnen. Selbst der Arbeiterstand hat eingesehen, daß die Form der Republik ihm in mancher Hinsicht noch ungünstiger sein kann als die einer Monarchie, denn die Republik ist viel reichhaltiger in der Ausbeutung der Vortheile des Reiches der herrschenden Klassen als eine kleine Monarchie, die ein Interesse daran hat, auch die niedere Masse für sich zu gewinnen. Auch der Arbeiterstand hat deshalb kein Interesse mehr an republikanischer Verfassung.

— Die Audienz des Herrn v. Stoge beim Kaiser erfolgte, wie von angeleglich unterrichteter Seite der „*Öst. Tagesztg.*“ berichtet wird, nachdem die fortgesetzte Unterredung die absolute Unschuld des so schwer Verächtigten ergeben hatte. Der Kaiser hat hiernach Veranlassung genommen, Herrn v. Stoge zu sich zu befehlen. In einer nahezu einstündigen Unterredung sind dann die letzten Mißverständnisse und Zweifel zerstreut worden, die in dieser unglücklichen Geschichte obgewaltet haben. Herr v. Stoge ist huldvollst vom Kaiser entlassen worden.

— Der Verein schleswig-holsteinischer Kampfgenossen von 1848/50 zu Kappeln bejocht als die Vereine des Provinzialverbandes schleswig-holsteinischer Kampfgenossenvereine von 1848/50 folgendes Aushändigen als Protest gegen Professor Delbrück zu erlassen: „Unsere alten Kameraden von 1848/50 bitten wir, sich der Jahre 1851 bis 1864 zu erinnern und sich noch einmal die Behandlung zu vergegenwärtigen, die wir uns damals unter der dänischen Regierung haben gefallen lassen müssen. Wenn jetzt der Professor Delbrück in Berlin es öffentlich auszusprechen wagt: Was wir damals erduldet hätten, sei ein Ständerpiel gegen das, was jetzt in Nordschleswig geschehe, so müssen wir hiergegen öffentlich Protest erheben. Sind wir es doch dem Andenken unserer verstorbenen Eltern und Kameraden schuldig, öffentlich hiergegen zu erklären, daß der Professor von dem, was wir damals über uns haben ergehen lassen müssen in den genannten Jahren hier im Schleswigischen und besonders in der Landshof Angeln, keine Annung hat, andernfalls er es nicht gewagt haben könnte, solches auszusprechen. Wenn jetzt der Herr Oberpräsident unserer Provinz zum Schutze des Deutschthums in Nordschleswig energische Maßregeln ergreift, so können wir dies nur mit Freuden begreifen und bitten unsere alten Kameraden, die noch gute, alte schleswig-holsteinische Gesinnung hegen, uns hierin zuzustimmen. Um aber dieser unserer Gesinnung voll Genüge zu thun, halten wir es für angezeigt, daß unser Protest gegen die Erklärung des Professors Delbrück auch der Öffentlichkeit kundgegeben wird, und beantragen daher durch unsere Vorort: — daß die Kampfgenossenvereine unseres Verbandes gemeinsam unseren Landtagsabgeordneten, Herrn Christophersen-Städerhagen, beauftragen, in dem zusammenkommenden preussischen Abgeordnetenhause bei sich findenden Anlässe diesem unserem Proteste gebührenden Ausdruck zu verleihen.“

— In der „Kolonialzeitung“ werden die für die deutsche koloniale Entwicklung sich interessirenden deutschen Kreise darauf aufmerksam gemacht, daß es sich empfehlen würde, in der einen oder anderen Kolonie ein größeres Bankgeschäft zu errichten, das nicht allein die Geldgeschäfte der Regierung, sowie der Kolonisten und Plantagen zu besorgen hätte, sondern auch vor allen Dingen die Produktion fördern und anregen müßte. Um die Größe des Geldverkehrs zu zeigen, wird das Beispiel von Südwestafrika angeführt, wo das Geldgeschäft gelegentlich von einzelnen Firmen mehr aus Gefälligkeit nebenbei betrieben werde. Auf die Dauer reiche dies aber nicht aus, und es sei auch wohl nicht überall genügende Sicherheit vorhanden. Bislang wurden alle Geldvermittlungsgeschäfte mangels Bankhäuser von den amtlichen Kassen besorgt. Erst seit dem 1. Januar 1898 ist an einzelnen Orten des Schutzgebietes die Möglichkeit gegeben, Geld zum Betrage von 400 Mark vermittels Postanweisung zu überweisen. Im letzten Jahre war der Baargeldverbrauch der amtlichen Kassen so groß, daß die Sendung eines Betriebsvorschußes von 400 000 M. aus der Reichskasse erforderlich wurde. Dabei hat das Waarengeschäft in den letzten Jahren erheblich zugenommen; über deutsche Häfen wurden Waaren im Werthe von 4 535 559 M. eingeführt, über Walfischbän im Werthe von 288 807 Mark. Skandinavien und England sind

daran mit etwas über einer Million theilhaftig, doch haben die Handelsbeziehungen mit Kapland eine Abnahme erfahren. Insbesondere ist auch im Süden des Schutzgebietes, das bisher sehr rege Beziehungen zur Kapkolonie unterhielt, ein Umschwung eingetreten.

## Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 12. Januar.** Der ehemalige Ackerbauminister Graf Falkenhayn ist heute 1/4 10 Uhr Abends gestorben.

**Peſt,** 12. Januar. Bei Ueberreichung des Ehren diploms von Peſt an den Miniſterpräſidenten Baron Banffy ſiſtete dieſer in Erwiderung der Anſprache des Oberbürgermeiſters aus, er betrachte die Vereiſtung des Ehrenbürgerrechts an ihn in der gegenwärtigen Lage als Billigung ſeiner Politik und als Anſporn, in der eingetragenen Richtung fortzufahren. Die Regierung ſei entſchloſſen, unentwegt die Intereſſen des nationalen Staates im Auge zu behalten und die Ordnung des verfaſſungsmäßigen Lebens auf friedlichem Wege zu ſichern, falls jedoch dies unmöglich ſei, thätkräftige Maßnahmen zu ergreifen. Die Regierung werde nichts thun, was gegen das Geſetz verſtoße; innerhalb des Rahmens der Verfaſſung werde ſie Alles thun, was die außerordentliche Lage erheiſche.

Der „*„ster Korresp.“* zufolge überreichten die liberalen Dissidenten im ungariſchen Abgeordnetenhauſe Szilagi, Graf Gata und Graf Julius Andráſſy heute Nachmittag dem Miniſterpräſidenten Baron Banffy ſowie den Miniſtern Fejerdary und Lucacz die ſchriftlich formulierten Wünſche der vereinigten Oppoſitions-Parteien beſtens Abgleichs der parlamentariſchen Gegenſätze. Die Miniſter übernahmen nach einer längeren Unterhaltung mit den Ueberbringerſen die mitgetheilten Wünſche ad referendum.

**Franfreich.**

**Marseille, 12. Januar.** Zwei Unteroffiziere und sechs Senegaldülden von der Expedition Marchand trafen heute hier ein und wurden mit großen Ovationen empfangen. Im Cercle Militaire hielt General Meunier an dieselben eine Ansprache, in welcher er sagte, die Gefährten Marchands können um ihr Werk stolz sein; an einem materiellen Erfolge sei nichts gelegen, Frankreich besitze in Afrika großes Gebiet genug, um für Frieden und Persönlichkeit ein Opfer bringen zu können.

## Italien.

**Rom, 12. Januar.** In Folge der ungünstigen Gerüchte aus Brasilien verbot die Regierung die Auswanderung italienischer Unterthanen nach dort.

Wie der „Agencia Stefani“ aus Massanah gemeldet wird, ist dort die Nachricht eingetroffen, daß der eben erst zwischen Nas Mangasah und Nas Matonnen geschlossene Frieden wieder gestört ist; der Bruch ist, wie es heißt, dadurch hervorgerufen worden, daß Matonnen verlange, Mangasah und sein Anhänger Sebat sollten ihn bis Ambalag begleiten, während diese nur ihre Vertreter senden wollten. Man glaubt, daß ein erneuter Kampf bevorsteht.

**Türkei.**

**Konstantinopel**, 12. Januar. Außer einem Trabe zum Anfaufe von 30 000 Schrapnels und rauchschwachem Pulver ist ein weiteres Trabe erlassen worden, mit dem der Ankauf von 162 Schnellfeuergeschützen mit 7½ Zentimeter Kaliber für 27 Batterien, die zur theilweisen Neuarmirung der ersten drei Korps bestimmt sind, und ferner der Ankauf von Geschossen und Pulver für zwei Sanitäts-Regimenter der Korps von Saloniki und Adrianopol und einiger Tausend Repetirgewehre für Kavallerie angeordnet wird.

**Africa.**

**Massauah, 12. Januar.** Von jenseits der Grenze gelangten heute folgende Meldungen hierher: Vor dem kurzen Kampfe am Montag fanbte das Matonnen am Nas Mangascha Vorschläge für einen Friedensschluß; es heißt, es seien dieses dieselben Vorschläge gewesen, wie sie im vergangenen November von Nas Mangascha gemacht waren, nur werden außerdem die Kinder Mangaschas als Geiseln gefordert. Mangascha wies die Vorschläge zurück, worauf der Kampf stattfand. Nach diesem wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und der Friede konnte nunmehr unter folgenden Bedingungen geschlossen werden: Nas Mangascha erneuert seinen Treuschwur und wird dann nach Adis Abeba gehen, um die Sühnigung zu leisten; er wird Tribut zahlen und die geflüchteten Säuglinge von Tigre wieder aufnehmen; er verpflichtet sich ferner, dem Nas Matonnen Lebensmittel zu liefern und ihn eine gewisse Strecke auf dem Rückmarsche zu begleiten. Es wird auch die Nachricht bestätigt, daß der Negus Menelik in aller Eile nach Schoa zurückgekehrt ist.

## Noch einmal die Schulreform.

II.  
Die Frage nach den praktischen Schwierigkeiten, welche sich bei der Umwandlung unserer höheren Schulen in Reformschulen ergeben würden, werden besonders von Herrn H. in dem erwähnten Zeitungsartikel untersucht

1. Herr S. sagt: Eine regelrechte Reformschule mit einmaliger Vertiefung im Jahre und ohne Vorstufe hat im Ganzen 18 Klassen. Daraus erwidern wir: a) Es giebt eine ganze Reihe von Schulen, in denen 18 und mehr Klassen vorhanden sind. Unsere hiesigen städtischen Schulen selbst haben sämtlich wenigstens fast so viel Klassen: Das Stadt-Gymnasium zählt (ohne Vorstufe) 17, das Schiller-Real-Gymnasium 16, die Friedrich-Wilhelms-Schule 15 Klassen. b) Die Klassen der Mittel- und der Oberstufe brauchen nicht unbedingt in allen Fächern getrennt unterrichtet zu werden. c) Bisher sind noch nirgends an einer Reformschule alle drei Zweige, welche theoretisch in ihr vereinigt sein können, auch wirklich mit einander vereinigt worden. Man hat entweder Gymnasium und Real-Gymnasium, oder Gymnasium und Real-Schule, oder Real-Gymnasium und Real-Schule mit einander

verbunden und, um trotzdem für den Oberbau alle drei Zweige zur Verfügung zu haben, über 3 oder 4 Schulen zugleich, ein Gymnasium und ein Real-Gymnasium, in Reformschulen verbandelt. Wenn nun z. B. die Friedrich-Wilhelms-Schule in eine Reformschule umgewandelt würde, so würde jedenfalls zunächst an die Verbindung eines Real-Gymnasiums mit einer Real-Schule zu denken sein; dabei würden — bei einmaliger Verlegung im Jahre — für den gemeinsamen Unterbau 3, nur bei starkem Besuch  $2 \times 3 = 6$  Klassen, für den Mittelbau 3 Klassen in der Real- und 3 Klassen in der Realgymnasialabteilung, für den Oberbau 3 Klassen, im Ganzen also 15 Klassen wie seither und nur eventuell 18 nötig sein. Damit sollen

2. auch die Bedenken wegen der beträchtlichen Kosten einer solchen Umwandlung von selbst weg.

3. Wird a. a. O. bemerkt, daß auf einer Reformschule die Beschäftigung unmöglich sei, weil dabei  $2 \times 18 = 36$  oder doch mindestens 27 Klassen herauskommen würden, die ein Direktor nicht übersehen könne. Sinnlos stimmt diese Rechnung auf den eben angegebenen Gründen nicht, und in Folge dessen auch nicht die Folgerung, die daraus gezogen ist; mit anderen Worten, die Reformschule schießt an sich die Beschäftigten durch aus nicht notwendig aus. Andererseits würde es vielleicht gar kein Fehler, sondern eher ein Vorzug der Reformschule sein, wenn sie die Beibehaltung der W.-St. unmöglich machte. Erst jüngst ist von einem Stettiner Schulmann auf Grund umfangreicher statistischer Untersuchungen überzeugend nachgewiesen worden, daß die Schüler auf den Anstalten mit Wechselklassen keineswegs schneller vorwärts kommen, daß also diese Wechselcoeten, welche für die Schule und den Unterricht große Nachteile im Gefolge haben, den Schülern und deren Eltern keinerlei Vortheile bringen.

4. Daß die Reformschule in den ersten drei Jahren weniger von ihren Schülern verlangt, können wir nur als einen Vorzug dieser Schule betrachten; daß sie viel weniger verlangt, dürfte schwer zu beweisen sein; daß aber nach dem Durchlaufen der Unterstufe fast sämtliche Schüler „mit geringen Ausnahmen“, weil in den unteren Klassen „das Wenige zur Noth geleistet haben“, sich in die Lateinklassen drängen würden, wird durch die thatsächlichen Erfahrungen, die man an anderen Orten in dieser Hinsicht gemacht hat, vollkommen widerlegt. In einem der letzten Hefte der Zeitschrift für Schulreform ist eine recht lehrreich Zusammenfassung über die Erfahrungen, die Direktor Schlee in Altona in dieser Beziehung auf seiner Schule gemacht hat, veröffentlicht. Wenn die größeren Berechtigungen für den stärkeren oder schwächeren Besuch einer Schule stets allein aus schlaggebenden wären, müßten ja z. B. auch unter den besseren höheren Schulen die humanistischen Gymnasien die größte Schülerzahl haben. Weich von ihnen ist aber thatsächlich am besten bezeugt. Eines von den beiden Maglymnasien. (Die Mittelschulen wollen wir hier nicht heranziehen, da bei diesen auch noch die geringeren Schulgebühren in Betracht kommen.) In Stettin werden sich die örtlichen Verhältnisse stets das Fibrige dazu beitragen, daß die realistischen Anstalten unter sonst gleichen Verhältnissen die größere Schülerzahl haben. Um genügenden Besuch der Klassen einer Reformschule braucht also Herr v. keine Sorge zu haben. Und wenn endlich einmal — gar zu fern wird doch wohl die Zeit nicht mehr sein — Licht und Schatten gleichmäßig vertheilt wird, indem sämtliche Arten von höheren Schulen gleich Berechtigungen verliehen werden, nach welcher Seite würden sich dann die Schüler „drängen“?

5. Herr S. spricht dann weiterhin von dem Bedrängnissen, welche auf dem Reform-Gymnasium dem Unterricht im Griechischen durch die von der Reformschule vorgenommenen Verschiebungen in Bezug auf den Beginn der fremden Sprachen ermachien würden. Auch hier sind seine Bedenken ganz unbegründet. Einmal braucht, wenn man es für unbedingt notwendig hält, der griechische Unterricht nicht erst in Ober-Sekunda begonnen zu werden, sondern kann — wie es in Frankfurt thatsächlich geschieht — auch in Unter-Sekunda schon seinen Anfang nehmen (wozu wir unersetzlich aus guten Gründen allerdings nicht rathen möchten); zweitens würde es sich ja bei dem Unterricht im Griechischen in der Regel nur um eine verhältnißmäßig kleine Zahl von begabteren Schülern handeln, welche sich dadurch

welche ich, nachdem zweimal — beim Uebergang vom Unterbau zum Mittelbau und dann wieder beim Uebertritt vom Mittelbau zum Oberbau — eine gründliche Auslese stattgefunden hat, im großen und ganzen noch freiwillig und mit Lust und Liebe zur Sache für die Theilnahme am Unterricht in jener Sprache entschieden haben. Was mit einer solchen, nicht allzu großen und für den bestimmten Zweck ausgewählten Schar von Schülern auch im Alter von 15—17 Jahren noch zu erreichen ist, möge Herr H. aus den Berichten des Goethe-Gymnasiums in Frankfurt versehen, deren genauere Durchsicht überhaupt ihn und manchen anderen Gegner der Reformirungen von manchem Vorurtheil hinsichtlich dieser Schulen heilen dürfte. Die „Verherrlichung“ des Lateinischen und Griechischen, welche auf den jetzigen Gymnasien erreicht wird und über die sich ein so gewichtigter Gewährsmann wie Wilamowitz, wie oben schon angedeutet, in so wenig anerkennender Weise ausspricht, dürfte das Reformgymnasium auf jeden Fall erreichen.

6. Ferner erwähnt Herr H. die Schwierigkeiten, welche die jetzige Zusammensetzung der Lehrerkollegien bieten würde; er meint, es seien dazu viel zahlreichere und ganz anders zusammengesetzte Lehrkörper nothwendig. Auch hier ist er, soweit es sich um die hiesigen Verhältnisse handelt, leicht zu widerlegen.

a) Erstens ist in dem Gesuch an den Magistrat und die Stadtverordneten durchaus nicht die augenblickliche Umwandlung in mütterliche höheren Schulen städtischen Patronats beantragt; die genannten Behörden sind vielmehr nur erucht worden, „so- bald als möglich der Frage näher zu treten, ob es sich nicht empfehlen dürfte, die

städtischen höheren Schulen recht bald in Reformschulen zu verwandeln". Ist diese allgemeine Anregung zur Untersuchung einer wichtigen Frage, eine Anregung, welche von dem petitionirenden Verein in Wahrung seines grundsätzlichen Standpunktes zunächst ausgesprochen werden mußte, ein Antrag auf augenblickliche Umwandlung sämtlicher Schulen? Die Umwandlung „über Nacht“, um uns der Bezeichnung des Herrn Dr. zu bedienen, wird nur für eine einzige Schule beantragt („und zunächst wenigstens eine davon für eine sofortige Umwandlung in Aussicht zu nehmen“); hinsichtlich der übrigen aber wird nur gebeten, zu untersuchen, ob nicht auch für sie — natürlich später — die Umwandlung sich empfehlen möchte. Sache der städtischen Behörden, nicht des Vereins für Schulkreform, würde es sein, zu untersuchen, welche von den Schulen in Betracht kommen müßten und in welchem Tempo die Umwandlung zu vollziehen wäre. Daß auch die Lehrerkollegien der in Frage kommenden Schulen erst darüber befragt und hinsichtlich ihrer Zusammenfassung auf diesen besonderen Zweck hin geprüft werden müßten, und daß gegen ihren Willen und beim Vorhandensein besonderer Schwierigkeiten in Bezug auf geeignete Lehrkräfte eine Umwandlung vorläufig wenigstens nicht unternommen werden dürfte, ist so selbstverständlich, daß es gar nicht erst besonders zum Ausdruck gebracht werden ist. Wenn in Anzeigen und kurzen Mittheilungen vielleicht hin und wieder fälschlich von der „Umwandlung der städtischen höheren Schulen in Reformschulen“ gesprochen worden ist, so ist dies natürlich nur der Stürze halber geschehen.

b) Auch die einzelne Schule, die etwa für eine Umwandlung in Aussicht genommen werden dürfte, kann durchaus nicht „über Nacht“ in eine Reformschule verwandelt werden. Die Umwandlung kann doch nur ganz allmählich vor sich gehen, bei der untersten Klasse beginnend und nach und nach von Klasse zu Klasse fortschreitend. Soweit also überhaupt neue Lehrkräfte nötig werden, werden sie nur nach und nach nötig. Aber sie werden, und das ist der dritte Einwand, den wir zu machen haben, auch gar nicht in dem Umfange nötig, wie Herr G. annimmt. Allerdings würde es wünschenswerth sein, daß sämtliche Lehrer, welche an einer Reformschule in französischen unterrichten, diese Sprache als ihr Hauptfach studirt haben, aber unbedingt nötig ist das nicht. Ueberdies sind an den hiesigen Real-Gymnasien auch eine ganze Anzahl von Lehrern vorhanden, welche der Forderung des Herrn G. entsprechen würden; der hiesige hiesige Gymnasium aber würde bei der Umwandlung sowieso vielleicht erst in letzter Reihe in Betracht kommen. Der Herr Berichterstatter schlug übrigens vor, der beantragten Umwandlung einer höheren Schule dadurch aus dem Wege zu gehen, daß eine von den Mittelschulen in eine Realschule verwandelt würde; sollten dann nicht erst recht neue Lehrkräfte für den Unterricht im Französischen notwendig werden?

7. Herr D. erklärt zum Schluß, die bis jetzt anderswo angestellten Versuche hätten „keine Beweiskraft, weil sie noch nirgends unter normalen Verhältnissen durchgeführt seien“. Obwohl wir mit der Entwicklung der Reformschulen und den Verhältnissen, unter denen sie sich entwickelt haben, einigermaßen vertraut zu sein glauben, ist es uns doch bis heute unerfindlich geblieben, was Herr D. mit den „nicht normalen Verhältnissen“ gemeint haben könnte. Der sollte er sich vielleicht erinnern haben, daß einmal behauptet worden ist, in Frankfurt a. M. seien besonders tüchtige Lehrerkollegen und ein besonders brauchbares Schülmateriale vorhanden? Sollte dies der Fall sein, so wäre das wieder nur ein Beweis dafür, wie wenig die hiesigen Gegner der Reformschulen sich auf dem Laufenden zu erhalten gesucht haben; denn die Annahme, daß in jener Beziehung die Verhältnisse in Frankfurt so ganz anders liegen als anderswo, ist bereits mehrfach widerlegt worden, besonders überzeugend von Direktor Dr. Ziehen aus Frankfurt in einem in Esfurt gehaltenen Vortrage über die Weiterentwicklung des Frankfurter Lehrplanes (vgl. Zeitschrift für Schulkreise 1898, Heft 2). Zugegeben aber, die Verhältnisse seien an allen Orten, wo bisher Reformschulen eingerichtet worden sind, thatächlich ganz absonderliche gewesen, wäre das wirklich ein Grund, hier jeden Versuch zu unterlassen? Im Gegenteil, dann müßte vielleicht erst recht einmal an einem Orte mit „normalen Verhältnissen“ die Probe gemacht werden!

8. Wenn Herr S. dann zuletzt noch hinzuffügt, ein begründetes Urtheil werde erst dann möglich sein, wenn die Zöglinge der Reformschule sich in den Prüfungen für den Beruf mit denen der jetzigen Schulen gemessen haben werden (eine ähnliche Messung that übrigens auch Herr R. in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung), dann müssen wir doch bemerken, daß jene Prüfungen nicht im entferntesten als brauchbarer Maßstab betrachtet werden können. Ist zeigen sich Schüler, die auf der Schule sich recht wenig erfreulich entwickelt haben, später, nachdem sie in ihr Berufsstudium eingetreten sind, durchaus zuverlässig und brauchbar, und umgekehrt, wie oft kommt es vor, daß Schüler, welche auf der Schule sich geradezu herborgerathen haben, nach ihrem Abgang von der Schule die Erwartungen, die man auf sie gesetzt hat, vollkommen täuschen! Die jetzigen Schulen würden sich mit gutem Grunde dagegen verwahren, wenn man die Verrichtungen ihrer Schüler zum Maßstab ihrer eigenen Brauchbarkeit machen wollte; kann dieser Maßstab also ein brauchbares Mittel zur Beurtheilung der Reformschule abgeben? Im Uebrigen, wenn Herr S. durchaus auf seinem Schein bestehen will, haben wir nicht eine Schule wenigstens, welche schon seit längerer Zeit Abiturienten entlassen hat? Ist es Herrn S. unbekannt, daß am Reformrealgymnasium in Altona schon seit 1884 Reifeprüfungen abgehalten worden sind? Was aus den Abiturienten seitdem geworden ist, dürfte aus dem Anhang zu dem Bericht über die ersten 25 Lebensjahre jener Anstalt, der uns leider augenblicklich nicht zur Hand ist, zu entnehmen sein. —

Die von den Herren H. und R. geäußerten Bedenken dürften durch unsere beiden Ausz.



